

EU-Newsletter Nr. 7/2011 vom 14. Oktober 2011



### Kommission: Mitteilung zu EU-Politik und Freiwilligentätigkeit: Anerkennung und Förderung grenzüberschreitender Freiwilligenaktivitäten in der EU

Die Kommission weist in ihrer vorgelegten Mitteilung vom 20. September 2011, KOM (2011) 568, auf einen bestehenden Handlungsbedarf bei der Förderung des ehrenamtlichen Engagements in der EU hin. In fast jedem fünften Mitgliedstaat gebe es keine eindeutigen Regelungen für Freiwillige und Freiwilligentätigkeit. Vielfach fehle es auch an nationalen Strategien, die auf die Förderung der Freiwilligentätigkeit abzielen. Ebenso bestehen laut Kommission deutliche Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten, zum Beispiel im Hinblick auf die steuerliche Anerkennung von Ausgaben, die im Rahmen einer Freiwilligentätigkeit anfallen. Die grenzüberschreitende Freiwilligentätigkeit innerhalb der EU werde dadurch behindert.

Die Kommission empfiehlt allen Mitgliedstaaten, in denen die Kultur des freiwilligen Engagements bislang nur schwach ausgeprägt ist, durch entsprechende Schaffung eines Rechtsrahmens die Entwicklung der Freiwilligentätigkeit stärker zu unterstützen. Als Maßnahmen auf EU-Ebene kündigte sie an, Bürgern und betroffenen Institutionen den Überblick über die verschiedenen Förderprogramme zu erleichtern. Konkret will die Kommission die Schaffung eines Europäischen Freiwilligenkorps für humanitäre Hilfe für 2012 vorschlagen.

Die Mitteilung online: <http://europa.eu/volunteering/fr/download/file/6834>



### Konferenz „Europa der aktiven Bürgerschaft: Freiwilligenarbeit“

In Warschau diskutierten Teilnehmer der hochrangig besetzten Konferenz darüber, wie die Mitgliedstaaten der EU die Freiwilligenarbeit weiter unterstützen und noch effektiver gestalten können und so die mit dem Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit gesetzten Impulse zu erhalten. Wichtig scheint vor allem, ein freiwilliges Engagement zu erleichtern. Die Konferenz, an der Hunderte zivilgesellschaftliche und Freiwilligenorganisationen aus der EU und den Ländern der östlichen Partnerschaft teilnahmen, wurde von der Gruppe „Verschiedene Interessen“ des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) in Zusammenarbeit mit dem polnischen Ministerium für Arbeit und Sozialpolitik, der Staatskanzlei des Präsidenten der Republik Polen und der Vertretung der Europäischen Kommission in Polen veranstaltet. An der Konferenz nahmen unter anderen Polens Präsident Bronisław Komorowski und Kommissar László Andor (zuständig für Beschäftigung, Soziales und Integration) teil.

<http://pl2011.eu/de/content/europa-der-aktiven-buergerschaft-freiwilligenarbeit-0>  
<http://europa.eu/euacalendar/event/id/252079-conference-on-europe-of-active-citizensvolunteering/mode/standalone>



### Schlussfolgerungen des Rates: „Die Rolle der Freiwilligentätigkeit in der Sozialpolitik“

Am 3. Oktober verabschiedete der Rat der Europäischen Union Schlussfolgerungen zur Rolle der Freiwilligentätigkeit in der Sozialpolitik unter der

**Bundesgeschäftsstelle**  
Reinhardtstraße 25  
10117 Berlin  
Telefon  
(0 30) 28 88 48 8-00  
Telefax  
(0 30) 28 88 48 8-09  
E-Mail  
info@dfv.org  
Internet  
www.dfv.org

**Präsident**  
Hans-Peter Kröger

Berücksichtigung der Aktivitäten und Diskussionen im Rahmen des Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011.

In den Schlussfolgerungen wird betont, dass Freiwilligentätigkeit ein Ausdruck aktiver Bürgerschaft in allen sozialen Lebensbereichen ist. Freiwilligentätigkeit stärkt europäische Werte wie Solidarität und sozialen Zusammenhalt. Sie ist die sehr wichtig für die Entwicklung von demokratischen Werten, Menschenwürde, Gleichheit und Subsidiarität, Werte, auf denen die EU grundlegend aufbaut. Freiwilligentätigkeit trägt zum Wohlergehen jedes einzelnen bei und zur harmonischen Entwicklung der europäischen Gesellschaften. Sie bietet die Möglichkeit zum Lernen, da freiwillige Aktivitäten neue Fähigkeiten und Kompetenzen erfordern. Sie kann sogar dazu führen, die Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen und trägt somit weiter zum Erfolg der EU 2020 Strategie bei. Freiwilligentätigkeit hilft beim Wissenstransfer, beim interkulturellen Dialog und zur Überbrückung des Generationenkonflikts, Geschlechterungleichheit, Reduzierung sozialer Barrieren, Intoleranz und alle anderen Formen der Diskriminierung. Die Schlussfolgerungen fordern die Kommission und die Mitgliedsstaaten auf, Maßnahmen anzugehen.

Die Schlussfolgerungen (englisch):

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_Data/docs/pressdata/en/lsa/124863.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/lsa/124863.pdf)



## Europäisches Parlament: Annahme des Initiativberichts zur Kommissions- mitteilung zur verstärkten europäischen Katastrophenabwehr

Ende September stimmte das Plenum des Europäischen Parlaments über den Entwurf eines Initiativberichts zur Mitteilung der Kommission: „Auf dem Weg zu einer verstärkten europäischen Katastrophenabwehr: die Rolle von Katastrophenschutz und humanitärer Hilfe“ ab. Die Mitteilung forderte zum einen, die bestehenden nationalen Abwehrkapazitäten zu stärken, zum anderen soll ein europäisches Notfallabwehrzentrum als Plattform für den Informationsaustausch und zum Zwecke der besseren Koordinierung und Kooperation im Katastrophenfall errichtet werden.

Der von dem federführenden Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit vorgelegte Initiativbericht begrüßt die Mitteilung der Kommission und bekennt sich zur Solidarität unter den Mitgliedstaaten. Kernelement des europäischen Katastrophenabwehrsystems soll einerseits das europäische Notfallabwehrzentrum, andererseits die europäische Notfallabwehrkapazität sein: ein Pool von im Voraus von den Mitgliedstaaten freiwillig gemeldeten Ressourcen sowie aus zusätzlichen ad-hoc-Angeboten der Mitgliedstaaten.

Die Entschließung des Europäischen Parlaments:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P7-TA-2011-0404&language=DE&ring=A7-2011-0283>

